

# Editorial

## Postkommunismus und Osteuropa

Matthias Lemke / Daniel Kuchler / Sebastian Nawrat

Das Jahr 2009 ist an politischen Feierlichkeiten nicht arm. Nicht nur, dass das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie die NATO ihren sechzigsten Geburtstag feiern, auch ein anderes historisches Großereignis jährt sich in diesem denkwürdigen Jahr. Am 9. November 2009 ist es zwanzig Jahre her, dass Günter Schabowski auf einer Pressekonferenz des SED-Politbüros auf die Nachfrage eines Journalisten den endgültigen Zusammenbruch des Ostblockes einläutete – und das ganz *en passant*. Schabowski erklärte in lapidar-hilfloser Manier, ab Mitternacht würden die Grenzübergangsstellen von Ost- nach Westberlin geöffnet werden, was dann direkt zu massiver Inanspruchnahme der neuen Freiheit führte.

Es ist bemerkenswert, dass die genannten drei Ereignisse allesamt Glieder in einer Kette von politischen Verstrickungen darstellen. Diese Verkettung ist besser bekannt unter der Bezeichnung Ost-West-Konflikt. In diesem Systemkonflikt waren die beiden Deutschlands – auch das in den frühen Jahren der Bundesrepublik unter der Hallstein-Doktrin eine Expression *peu amicale*, wie es im Diplomatendeutsch heißt – nur eine Konfliktebene von vielen. Der Gründung der BRD folgte die der DDR, der Gründung des Warschauer Paktes ging die der NATO voraus. Und ganz oben – auf der Metaebene des Konfliktes und also in einer Zeit, als solcherlei *Metaerzählungen* (Jean-Francois Lyotard) noch möglich waren – standen sich ein liberaler Kapitalismus einerseits sowie ein planwirtschaftlicher Kommunismus andererseits gegenüber. Dass auch entelechetische Ideologien, wie der Kommunismus lern- und ausbaufähig, zumindest aber nicht unwidersprochen geblieben sind, macht die Auseinandersetzung mit möglichen Dritten Wegen (Eurokommunismus, Godesberger Programm, Kritische Theorie der Frankfurter Schule) im Sozialismuskurs deutlich.

Mit dem 9. November 1989 war dieser Systemkonflikt entschieden, zumindest vorerst. Pikant ist dabei, dass ausgerechnet jene Ideologie unterlag, die, geschichtsphilosophisch ausgedeutet, sich selbst als das *Ende aller Geschichte* begriff. Nach dem Scheitern dieser qua Selbstdefinition *besten aller Welten* (Voltaire) stellte sich für die nunmehr postkommunistischen – welch ein in diesem Sinne unlogisches Wort – also für diese *kommunismusentsetzte* Welt Osteuropas die Frage nach dem *Was nun?* Während andere Weltgegenden, etwa Kuba oder Nordkorea, auch heute noch an der kommunistischen Praxis festhalten, hat sich in den Ländern Osteuropas ein abrupter, ein schier unbegreiflicher Bruch aufgetan. Neben der Abwicklung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion sowie einigen, von den Lehren Milton Friedmans

inspirierten radikalkapitalistischen Experimenten als vermeintlichen Vorbedingungen demokratischer Freiheit gibt Osteuropa aktuell ein Bild von Licht und Schatten. Nimmt man etwa die baltischen Staaten, Polen, Tschechien sowie die Slowakei – um nur einige zu nennen und von der DDR ganz zu schweigen – dann hat sich hier mit dem vielfach erfolgten Beitritt zu NATO und EU eine politische Erfolgs- und Integrationsgeschichte ereignet, die ihres gleichen sucht. Andererseits sind nicht alle Länder des ehemaligen Ostblocks so vergleichsweise störungsarm in die Praxis einer stabilen Demokratie übergegangen. Auch einige prekäre oder defekte demokratische Staaten sowie offensichtliche Diktaturen kommunistischer Prägung sind zu beklagen. Der gemeinsame Nenner des überwundenen Kommunismus nach Hume's *Method of Agreement* scheint nicht ausreichend, um die zu beobachtende Streuung zu erklären, die die als post-kommunistisch bezeichnete Staatenwelt kennzeichnet.

Jenseits von angebrachten Zweifeln an der Induktion als Methode geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschens, ist es jedoch offensichtlich, dass die real existierenden kommunistischen Regime Mittel- und Osteuropas – unwissentlich und unbeabsichtigt – der bürgerlich-kapitalistischen repräsentativen Demokratie in wenigstens einer Hinsicht Vorschub geleistet haben: Durch Agrarreform und erzwungene Industrialisierung. Besonders für das Deutsche Reich hatte sich das Junkertum Ostelbiens vielfach als fatal für die Entwicklung einer Demokratie erwiesen<sup>1</sup>, aber auch allgemein, so Barrington Moore, ist die Überwindung der Agrarwirtschaft die wichtigste Vorbedingung für die Entwicklung der Demokratie: „*The taming of the agrarian sector is a decisive feature of the whole historical process [...] getting rid of agriculture as a major social activity is one prerequisite for successful democracy.*“<sup>2</sup>

Freilich hat die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre auch Gegenentwicklungen hervorgerufen. Das von de Soto<sup>3</sup> beschriebene normative Paradigma universeller Privatisierung des Eigentums findet so auch Gegner. Diese praktizieren gegenwärtig jedoch nicht den Versuch, alternative Güterverwaltungssysteme zu entwickeln, sondern konzentrieren sich im Wesentlichen auf die Verwaltung elitärer Privilegien. Hier sind freilich weite Teile der ehemaligen UdSSR zu nennen. Insbesondere das menschenverachtende und auf merkwürdige Weise konservative Regime von Aleksander Lukashenko<sup>4</sup> verweist nachdrücklicher als es jedem Europäer lieb sein

- 
- 1 Vgl. **Gerschenkron, Alexander**: Bread and Democracy in Germany. Ithaca, 1989; sowie **Abraham, David**: The Collapse of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis. New York 1986.
  - 2 **Moore, Barrington Jr.**: Social Origins of Dictatorship and Democracy. Lord and Peasant in the Making of the Modern World. Boston 1993.
  - 3 Vgl. **de Soto, Hernando**: The Mystery of Capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else. New York 2000.
  - 4 Vgl. **Kuchler, Daniel**: Belarus, Soft Power und die EU. Zur Relevanz des Thomas-Theo-

kann darauf, dass Freiheit und Demokratie trotz der enormen Erfolgsgeschichte der letzten zwanzig Jahre keine Selbstläufer sind. Demokratie und Freiheit können auch scheitern, auch im Postkommunismus. Auf der anderen Seite der Dichotomie sind gleichzeitig die „traditionellen“ Demokratien derzeit ebenfalls von antilibertären Entwicklungen im Zuge des so genannten *Kampfes gegen den Terror* gekennzeichnet – ebenfalls eine in gewissem Sinne post-kommunistische Entwicklung. Darüber hinaus führt die Finanz- und Wirtschaftskrise noch einmal vor Augen, was Keynes und Polanyi<sup>5</sup> bereits andeuteten: Ungezügelter Kapitalismus verträgt sich mit einer demokratischen Grundordnung ebenso wenig wie Planwirtschaft.

---

remis am Beispiel der ‚letzten Diktatur Europas‘. In: Lemke, Matthias / Hermeier, Philipp: Diskurs 2/2005. Göttingen 2005.

- 5 Vgl. **Keynes, John Maynard**: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. Orlando 1953; sowie: **Polanyi, Karl**: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston 1944.